

Bundestagswahl 2021: Welche politischen Weichenstellungen die Zuckerwirtschaft für eine gute Zukunft braucht

Zucker ist ein nachhaltig erzeugtes regionales Produkt aus der Natur, das schon heute einen großen ökologischen Mehrwert leistet und viel zu einer nachhaltigen Lebensmittelkette beiträgt. Zucker „Made in Germany“ ist ein ...

- **ökologisch nachhaltiges Produkt**, das direkt auf dem Feld, in der Zuckerrübe, unweit der Fabrik entsteht. Der Zuckerrübenanbau geht schonend mit natürlichen Ressourcen um. Er trägt ganz wesentlich zum Erhalt der Qualität unserer Ackerböden bei, schützt Grundwasser sowie Artenvielfalt und reduziert auf biologische Weise den Schädlingsdruck auf Nachfolgekulturen.
- **ökonomisch nachhaltiges Produkt**, das rund 24.000 Zuckerrübenanbauern, 5.000 direkt Beschäftigten und 45.000 Beschäftigten in nachgelagerten Bereichen ein Auskommen sichert.
- **ein sozial nachhaltiges Produkt**, das tarifgebundene Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Perspektiven in ländlichen Räumen schafft. Rund 80 Prozent der Wertschöpfung verbleiben in der Region.

Damit die Zuckerwirtschaft gut in die Zukunft kommt, braucht sie politische Entscheidungen für einen fairen Wettbewerb auf dem europäischen und weltweiten Zuckermarkt.

- In Deutschland dürfen Preis- oder Umwelt-Dumping keinen Platz haben. Wir brauchen einen fairen Markt, eine machbare Umweltpolitik und einen wirksamen Schutz vor einer Verlagerung der Wirtschaft ins Ausland. Sonst haben wir bald die besten Regeln und Standards, aber keine regionale Zuckerwirtschaft mehr.
- Die EU darf Wettbewerbsverzerrungen auf dem Binnenmarkt und auf dem Weltmarkt keine Chance geben. Für alle müssen die gleichen Regeln gelten. Deshalb: Gekoppelte Zahlungen abschaffen, gleiche Spielregeln für alle beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Schutz vor Dumping-Zucker aus Drittländern.
- Wir brauchen eine Ernährungsdebatte, die auf Fakten setzt. Die Bekämpfung von Übergewicht kann daher nur mit Maßnahmen gelingen, die die Kalorienbilanz in den Mittelpunkt stellen.



Klimapolitik

In Deutschland dürfen Preis- oder Umwelt-Dumping keinen Platz haben. Wir brauchen einen fairen Markt, eine machbare Umweltpolitik und einen wirksamen Schutz vor einer Verlagerung der Wirtschaft ins Ausland. Sonst haben wir bald die besten Regeln und Standards, aber keine regionale Zuckerwirtschaft mehr, die diese umsetzen könnte. Stattdessen importieren wir dann Zucker, der ohne diese Regeln und Standards produziert wurde. Das kann nicht gewollt sein.

In Europa und in Deutschland gibt es sehr anspruchsvolle Regulierungen zur Schaffung einer nachhaltigen Lebensmittelkette. Dafür investieren wir schon lange in mehr Klima- und Umweltschutz, vom Anbau bis zur Verarbeitung der Zuckerrüben.

Die Zuckerwirtschaft in Deutschland unterstützt auch das Ziel eines klimaneutralen Europas und strebt dies für die eigene Produktion an. Dazu hat die Zuckerindustrie bereits sehr viel getan, was mit marktreifen und verfügbaren Technologien zu machen ist. So konnte sie die für 2020 allgemein vorgesehenen CO₂-Einsparziele vorzeitig erreichen, auch das von der EU geforderte 55-Prozent-Ziel ist machbar. Die restlichen Emissionen auf null zu bekommen, ist deutlich schwieriger. Das kann nur mit einer kompletten Umstellung der Energieerzeugung und mit CO₂-neutralen Energieträgern gelingen. Auf die Zuckerbranche würden dadurch erhebliche zusätzliche Kosten zukommen – Kosten, die der Markt nicht „verzeiht“ (vgl. <https://www.zuckerverbaende.de/unsere-positionen/industriepolitik/>).

Damit die Zuckerwirtschaft weiter an mehr Umweltschutz und dem Ziel einer klimaneutralen Produktion arbeiten kann, braucht sie die volle Unterstützung der Politik:

- Auflagen für Umwelt- und Klimaschutz in Deutschland oder der EU dürfen nicht dazu führen, dass hiesige Unternehmen im Wettbewerb gegenüber ausländischen Konkurrenten benachteiligt werden. Das muss die Politik durch einen geeigneten ordnungspolitischen Rahmen sicherstellen.
- Umwelt-Dumping darf keine Chance haben. Wir brauchen einen Carbon-Leakage-Schutz entlang der gesamten Produktionskette.
- Wir brauchen auf lange Sicht kalkulierbare Energie- und CO₂-Kosten.
- Treibhausgasneutralität braucht leistungsstarke und stabile Energienetze – insbesondere im ländlichen Raum, wo Zucker hergestellt wird. Hier sind diese nicht gegeben und müssen aufgebaut werden.
- Die Zuckerwirtschaft braucht zeitnah verfügbare Förderinstrumente für den Umstieg auf die treibhausgasneutrale Zeit. Diese Instrumente müssen helfen, die im Übergang entstehenden Wettbewerbsnachteile auszugleichen und die umfassenden Investitionen zu finanzieren. Diese Förderinstrumente werden jetzt gebraucht, da entsprechende Investitionsentscheidungen jetzt getroffen werden müssen.



Agrarpolitik

Der EU-Binnenmarkt darf Wettbewerbsverzerrungen keine Chance geben. Für alle müssen die gleichen Regeln gelten. Deshalb: Gekoppelte Zahlungen abschaffen und gleiche Spielregeln für alle beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln.

Die Zuckerwirtschaft unterstützt das Ziel, die Landwirtschaft noch nachhaltiger zu gestalten, sodass natürliche Ressourcen erhalten bleiben und Umwelt, Klima und Artenvielfalt geschont werden.

Stand heute bezahlen elf EU-Mitgliedstaaten ihren Landwirten gekoppelte Prämien für den Zuckerrübenanbau. Diese erhalten dadurch einen Preisvorteil von bis zu 30 Prozent. Die unter den EU-Mitgliedstaaten vereinbarten Voraussetzungen, um gekoppelte Zahlungen zu gewähren – zu diesem Schluss kommt die Universität Wageningen in einer Studie – sind jedoch nicht gegeben. Daher müssen die gekoppelten Zahlungen für Zuckerrüben entweder EU-weit gestoppt werden, oder es braucht einen Ausgleich für Anbauer in Deutschland.

Die deutschen Rübenanbauer betreiben verantwortungsvollen Pflanzenschutz. Vorschnelle Verbote von Wirkstoffen untergraben die gegebene Bereitschaft der Rübenanbauer, bei Vorliegen wirksamer Alternativen auf diese zu verzichten. Es braucht daher angepasste Übergangsfristen und eine gezielte Förderung zur Entwicklung von Alternativen. Gleichzeitig müssen innerhalb der EU einheitliche Prinzipien für Zulassungen und Verbote von Wirkstoffen gelten.

Ungleiche Marktbedingungen lassen den wirtschaftlichen Ertrag je Hektar für den Anbau von Zuckerrüben zusammenschmelzen. Landwirte müssen sich schließlich aus wirtschaftlichen Gründen für andere Kulturen entscheiden und regionale Zuckerfabriken schließen. Lachende Dritte wären Länder, die über Subventionen, über wirksame und in der EU nicht mehr zugelassene Pflanzenschutzmittel verfügen oder auf dem Weltmarkt zu niedrigeren Standards produzieren.

Die Zuckerwirtschaft wird weiter in Verfahren investieren, mit denen der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln reduziert und Artenvielfalt gefördert werden kann. Dazu gehört neben der Entwicklung neuer Wirkstoffe auch die Forschung im Bereich der Züchtung. Aber die Entwicklung dieser Maßnahmen braucht Zeit und kostet Geld. Daher müssen Regulierungen mit Augenmaß erfolgen und innerhalb des Binnenmarktes gleich ausgelegt werden.



Bundestagswahl 2021: Welche politischen Weichenstellungen die Zuckerwirtschaft für eine gute Zukunft braucht

- Die Politik muss alles dafür tun, dass die deutsche Zuckerwirtschaft unter fairen Marktbedingungen ohne Wettbewerbsverzerrungen agieren kann.
- Nationale Alleingänge auf dem Europäischen Binnenmarkt müssen gestoppt oder national ausgeglichen werden. Für alle Marktteilnehmer müssen die gleichen Spielregeln gelten.
- Darüber hinaus muss der EU-Binnenmarkt vor Anbietern aus Drittstaaten geschützt werden, die mit Preis-, Umwelt- oder Sozialdumping hiesige Wettbewerber vom Markt drängen. Dies muss auch im Rahmen internationaler Handelsverträge sichergestellt sein.
- Die Entwicklung und der Einsatz nachhaltiger Methoden und Technologien muss sich auszahlen. Wer in eine immer nachhaltigere Landwirtschaft investiert, darf auf dem Markt nicht schlechter gestellt sein als die Konkurrenz aus dem europäischen und nicht-europäischen Ausland. Förderprogramme müssen bei der Finanzierung der Forschung und Umsetzung unterstützen.
- Ein zukunftsfähiger Rübenanbau braucht innovative Methoden, zu denen auch neue Züchtungstechniken gehören. Mit einer unvoreingenommenen Neubewertung dieser Techniken ließe sich ein Potenzial erschließen, schneller auf sich verändernde Klimabedingungen oder Herausforderungen wie Schädlingsbefall reagieren zu können.



Ernährungspolitik

Wir brauchen eine Ernährungsdebatte, die auf Fakten setzt. Die Bekämpfung von Übergewicht kann nur mit Maßnahmen gelingen, die die Kalorienbilanz in den Mittelpunkt stellen.

Die Zuckerwirtschaft unterstützt das Ziel, Übergewicht und Adipositas zu bekämpfen. Allerdings müssen dabei auch die tatsächlichen Ursachen an der Wurzel bekämpft werden.

Wir wissen, dass die Entstehung von Adipositas und Übergewicht viele Ursachen hat. Klar ist allerdings: Entscheidend für die Entstehung von Adipositas und Übergewicht ist eine unausgeglichene Kalorienbilanz. Wer mehr Kalorien aufnimmt als er verbraucht, nimmt zu. Ganz egal, woher diese Kalorien kommen. Das ist der aktuelle Stand der Wissenschaft.

Daher muss jede Maßnahme, die im Kontext der Übergewichtsprävention ergriffen wird, zu einer verringerten Kalorienaufnahme führen. Zudem muss der Zusammenhang zwischen Ernährung und Bewegung gesehen werden.

Die Ernährungsdebatte wird laut und kontrovers geführt. Zucker wird zum Sündenbock gemacht. Doch Zucker per se macht nicht krank und nicht dick. Scheinbar einfache Lösungen wie Obergrenzen, Strafsteuern oder Ampeln sollen gegen Übergewicht helfen. Dabei gibt es keine Studie, die zeigt, dass konsumlenkende Maßnahmen die Menschen schlanker machen.

Wenn der Staat regulierend in die Essgewohnheiten der Menschen eingreift, muss er das auf Basis wissenschaftlich gesicherter Fakten tun. Klar ist zudem: Auf Dauer werden wir nur erfolgreich sein, wenn wir die Ernährungskompetenz der Menschen stärken und sie für die Bedeutung der Kalorienbilanz sensibilisieren.

- Entscheidend für das Körpergewicht ist die Kalorienbilanz. Deswegen sollte die Politik das Bewusstsein der Menschen für die Bedeutung der Kalorienbilanz als Maßnahme zur Prävention von Übergewicht stärken.
- Staatliche Maßnahmen sollten Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzen, kompetente Entscheidungen für eine ausgewogene Ernährung zu treffen, bei der sie die Kalorienbilanz im Blick haben.
- Konsumlenkende Maßnahmen, die einzig auf eine Zuckerreduktion abzielen, setzen den falschen Fokus.
- Rezeptänderungen gegen Übergewicht können nur helfen, wenn dadurch der Kaloriengehalt deutlich reduziert wird.